

kultur-kompetenz-bildung

KONZEPTION KULTURELLE BILDUNG

Mai – Juni 2006

Regelmäßige Beilage zu politik & kultur

Ausgabe 4

Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung Ute Erdsiek-Rave

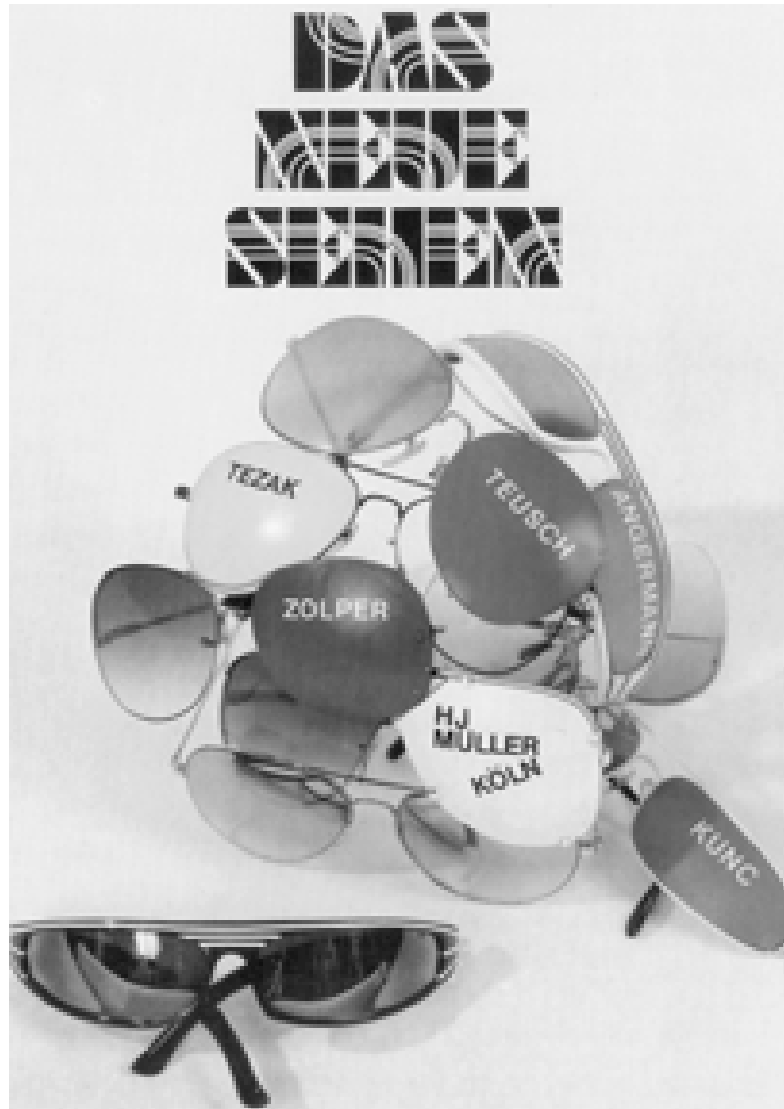
Die Föderalismusreform aus Sicht der Kultusministerkonferenz

Bundestag und Bundesrat haben sich über eine Grundgesetzänderung zur Reform der föderalen Strukturen verständigt – mit dem Ziel, die Kompetenzen von Bund und Ländern zu entflechten, mehr Transparenz, mehr Klarheit in der Zusammenarbeit zu gewährleisten, die Entscheidungswege zu verkürzen, insbesondere bei Gesetzgebungsverfahren, und schließlich auch das Gewicht der Bundesregierung in der Europäischen Union zu stärken. Die Föderalismusreform konkretisiert die Verantwortung des Bundes beziehungsweise der Länder für wichtige Politikbereiche; so wird zum Beispiel die Zuständigkeit der Länder für die Schulen bestätigt, im Hochschulbereich werden die Länderkompetenzen deutlich erweitert.

Noch ist das Reformvorhaben in der Beratung, noch ist der Prozess in seinen Details nicht abgeschlossen. Doch soviel lässt sich jetzt schon sagen: Das Aufgabenprofil der Kultusministerkonferenz (KMK) wird sich deutlich verändern. Die KMK hat im Dezember 2005 in einer ersten Positionsbestimmung die Konsequenzen beschrieben, die sich im Falle einer Reform der Bundesstaatlichen Ordnung für die Ländergemeinschaft im Bildungsbereich ergeben. Die Länder gewinnen dadurch an Handlungs- und Innovationsfähigkeit. Aber dieses Mehr an Freiheit bedeutet zugleich ein Mehr an Verantwortung, es erfordert deutlich mehr Abstimmung, damit auch in Zukunft bundesweit an Schule und Hochschule die Mobilität von Studierenden und Lehrenden gesichert bleibt. Im März 2006 sind die Kernbereiche definiert worden, in denen länderübergreifender Regelungsbedarf bestehen könnte, und Umsetzungsvorschläge skizziert worden. Benannt hat die Kultusministerkonferenz zum Beispiel den Themenkomplex Hochschule einschließlich der Fragen des Zugangs und der Zulassung, der Qualitätssicherung, der Abschlüsse und Grade, der Personalstruktur und des Dienstrechts, des Hochschulbaus und der Forschungsförderung. Noch handelt es sich dabei um Konzepte, die frühestens dann realisiert werden können, wenn Bundesrat und Bundestag der Grundgesetzänderung zugestimmt haben. Für diesen – sehr wahrscheinlichen – Fall ist die KMK jedenfalls entsprechend vorbereitet.

Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung, BLK-Modellversuche

Neu definiert werden soll die Gemeinschaftsaufgabe im Bildungsbereich (Artikel 91 b Abs. 2 GG). Sie umfasst in Zukunft im Wesentlichen ein Bildungsmonitoring, die nationale Bildungsberichterstattung sowie die Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Kontext, zum Beispiel durch die Beteiligung an Large-scale Assessment-Untersuchungen wie PISA. Dabei können wir an bereits entwickelte Verfahren anknüpfen. Geplant ist, dass Bund und



Länder in Zukunft in einer Steuerungsgruppe zusammenarbeiten und von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt werden. Wegfallen soll die bisherige Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsplanung“. Laufende, befristete

„Bildungsmonitoring“ statt der Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsplanung“

Projekte werden vertragsgemäß bis zum Abschluss finanziert, gegebenenfalls unter Beteiligung des Bundes. Die Länder wollen jedoch ihre Verantwortung für wichtige Modellversuche und notwendige Projekte auch weiterhin wahrnehmen. Welche Projekte in Zukunft gefördert werden, wird im Zusammenspiel der Ländergemeinschaft und der Bildungswissenschaft zu ermitteln sein. Mutmaßlich werden die Länder verstärkt darauf achten, dass sich neue Projekte zu aktuellen Fragen der Bildungsforschung an den sieben Handlungsfeldern orientieren, auf die sich die KMK nach der ersten PISA-Veröffentlichung verständigt hat. Die Aussicht auf Impulse für die Siche-

rung und Weiterentwicklung der Qualität von Unterricht und Lernen, die Vernetzung sowie die Leistungsprofile der Forschungskonzepte könnten entscheidend sein. Als Orientierungsrahmen bietet sich etwa SINUS an, das Modellprojekt, das den Mathematikunterricht und dementsprechend auch die Mathematikkompetenzen der Schülerinnen und Schüler systematisch verbessert hat.

Für übergreifende Innovationsprojekte sollen – nach dem bisherigen Planungsstand – die Kompensationsmittel aus dem Bundeshaushalt eingesetzt werden, etwa für die Entwicklung, Normierung und Überprüfung von Bildungsstandards einschließlich der Erarbeitung von Aufgabenpools durch das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), aber auch für die Weiterentwicklung des Systems der Qualitätssicherung im Hochschulbereich, wo wir in Deutschland erheblichen Nachholbedarf haben.

Kulturelle Bildung

Kultur, Kulturförderung und kulturelle Bildung haben in allen Ländern seit jeher einen hohen Stellenwert. Das spiegelt sich wider an Modellversuchen wie KUBIM, „Kulturelle Bildung im Medienzeitalter“, und zwar sowohl bei den Kindern und Jugendlichen, die am Projekt beteiligt waren, als auch bei den Vermittlern kultureller Bildung. Es gibt viele außerschulische Kulturangebote, Kulturschaffende und Kulturinstitutionen haben großes Interesse an einer geregelten Zusammenarbeit mit Schule. In der Praxis zeigen sich aber immer wieder Schwierigkeiten bei der konkreten Kooperation. Nicht selten sind die Beteiligten isoliert nebeneinander tätig, gelegentlich fehlt es an der Verständigung darüber, welcher Partner welchen Beitrag in das Gesamtkonzept einbringen soll. Manchmal stehen sogar unangemessene Vorstellungen voneinander im Weg. Diese Hürden gilt es abzubauen, denn in Zukunft wird es verstärkt darauf ankommen, dass Mo-



dellvorhaben und neue Konzeptionen einen gemeinsamen Mehrwert definieren und diesen Mehrwert überprüfbar realisieren.

Vor- und Nachteile des Wettbewerbsföderalismus

Als Präsidentin der Kultusministerkonferenz bejahe ich das Prinzip des Wettbewerbsföderalismus grundsätzlich. Wie der Ländervergleich 2003 bei PISA gezeigt hat, kommen Konkurrenz und öffentlicher Druck nicht nur den „Gewinnern“ zu gute, sie motivieren zugleich die Schwächeren zu verstärkten Anstrengungen. Von diesen Leistungsanreizen profitiert dann die Gesamtheit. Ein Wettbewerb setzt neben Transparenz und Öffentlichkeit allerdings auch verlässliche, faire Spielregeln voraus. Deshalb hat die Ländergemeinschaft dafür Sorge zu tragen, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht außer Acht gelassen wird, dass es nicht zu einem ungleichen Wettkampf kommt, bei dem Sieger und Verlierer von vornherein feststehen. Es wird vielmehr unerlässlich sein, die richtige Balance zwischen Wettbewerb und gesamtstaatlicher Verantwortung, zwischen Eigennutz und Gemeinnutz zu finden. Da ist gewiss noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten!

Der Kultusministerkonferenz kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Sie ist der Ort und die Instanz, die sowohl geeignete Impulse für den Wettbewerb geben als auch die Interessen zwischen den unterschiedlich starken Ländern ausgleichen kann. Ihr wird in diesem Modernisierungsprozess die wichtige moderierende und gestaltende Rolle obliegen. Denn nur wenn alle Länder diese Föderalismusreform als Chance nutzen können, wird dieser Prozess Bestand haben vor den Bürgerinnen und Bürgern.

DIE VERFASSERIN IST PRÄSIDENTIN DER STÄNDIGEN KONFERENZ DER KULTUSMINISTER DER LÄNDER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ■

Zu den Abbildungen in dieser Ausgabe

Ende der 50er Jahre gab es so gut wie keine Galerien für Avantgarde-Kunst in Deutschland. Als Hans-Jürgen Müller 1958 die Galerie Müller in Stuttgart gründete, schien das ziemlich chancenlos. Der eigentliche Durchbruch der Moderne in Deutschland begann laut Hans-Jürgen Müller nach dem ersten Kunstmarkt in Köln 1967. Er selbst eröffnete ein Jahr später in der Domstadt die heute legendäre „Galerie Müller“ im Galeriehaus Lindenstraße.

1973 – Müller war 37 geworden und nach eigenen Worten in die Midlife Crisis gekommen – war dem Galeristen der Handel mit der „Wandaktie Kunst“ (Willi Bongard) unerträglich geworden. Er verschenkte die Galerie an seine Mitarbeiter und ging auf Weltreise. Danach kaufte er sich ein Haus in Teneriffa, auf das er sich zurückzog. Aber ganz konnte er von der Kunst doch nicht lassen. Er entwickelte ein Konzept „Neue Lebensformen durch Kunst – FUTURA“. Es war – ohne dass er das schon wusste – der Nukleus des Mariposa-Projekts. 1984 fasste Hans-Jürgen Müller – zusammen mit Helga Müller – den Entschluss mit dem Zukunftsprojekt „Atlantis“ einen persönlichen Beitrag zur dringend notwendigen gesellschaftlichen Kursänderung zu leisten.

KKB zeigt einige Arbeiten aus einer Anzeigenkampagne des Galeristen aus seiner Kölner Zeit, sowie zu Beginn des Mariposa-Projektes. (Lesen Sie das Porträt über Hans-Jürgen Müller in dieser Ausgabe von politik und kultur auf Seite 31) ■

Auswirkungen im Bildungsbereich Krista Sager

Bildung und Wissenschaft als zentrale Gerechtigkeitsfrage

Bildung und Wissenschaft sind Schlüsselbereiche für die zukünftige Entwicklung von Wohlstand, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Sie sind aber auch zunehmend die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Teilhabemöglichkeiten jedes und jeder Einzelnen und die Chance auf ein selbst bestimmtes Leben. Deshalb können wir uns eine falsche Weichenstellung durch die Föderalismusreform für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich nicht erlauben; im Gegenteil, gerade hier müssen die Rahmenbedingungen, auch die verfassungsrechtlichen, optimal gestaltet werden.

Die ausschließliche Kompetenz für die Regelungen im Schulbereich liegt in Deutschland traditionell bei den Ländern. Dass die alleinige Länderkompetenz im Zuge der Föderalismusreform nicht in Frage gestellt, sondern auch vom Bund als gegeben akzeptiert wurde, erklärt sich letztlich aus dieser starken spezifischen Tradition. Durch besondere Qualität im Schulbereich hat sich der Regelungswettbewerb der Länder jedenfalls bisher nicht legitimiert, wie internationale Vergleiche, beispielsweise PISA, zeigen. Andere Länder mit einer anderen Tradition wie z. B. Finnland haben mehr schulische Eigenverantwortung und Autonomie, mehr Wettbewerb um Qualität in den Schulen und das bei einem unangefochtenen einheitlichen Regelungsrahmen. Nun wird auch die Regelungskompetenz für den Hochschulbereich durch Abschaffung der Rahmengesetzgebung fast vollständig auf die Länder übertragen. Dem Bund ist der Verzicht auf diese Kompetenz für den Hochschulbereich nicht sonderlich schwer gefallen, da das Rahmenrecht eine sehr schwache Regelungskompetenz darstellt, die durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts noch weiter ausgedünnt wurde. Heute wird die Eigenständigkeit der Hochschulen viel eher durch Landesgesetzgebung eingeschränkt als durch Bundesrecht. Wenn aus Gründen der Mobilität und Vergleichbarkeit aber die Möglichkeit geschaffen werden soll, die Abschlüsse und den Zugang zur Hochschule einheitlich auf Bundesebene zu regeln, macht ein Abweichungsrecht jedes einzelnen Bundeslandes keinen Sinn. Dass dem Bund jetzt sogar noch durch die Verfassung verboten werden soll, zukünftig weiterhin Geld für z. B. Ganztagschulprogramme zur Verfügung zu stellen, werden die Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehen können. Durch eine Neufassung des Artikels 104a soll der Bund keine Möglichkeit mehr haben, Finanzhilfen für besondere Investitionen an die Länder zu geben, wo diese die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz haben. Außerdem soll die Zusammenwirkungsmöglichkeit zwischen Bund und Ländern im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben (91a

und 91b) im Wesentlichen auf den Forschungsbereich bei Projekten von überregionaler Bedeutung reduziert werden. Ein solches Mitwirkungsverbot für den Bund wäre ein deutscher Sonderweg. Andere – auch föderale – Systeme, selbst viel größere wie beispielsweise die USA, kennen selbstverständlich die Möglichkeit, dass die zentrale Ebene Geld für Schul- und Hochschulzwecke bereitstellen kann. Ein weit gehendes Kooperationsverbot für den Bund im Schul- und Hochschulbereich würde die Ungleichgewichte zwischen den Ländern auf Kosten junger Menschen zusätzlich vertiefen. Dies gilt für die Aufgabe der gemeinsamen Priorität für den Hochschulbau, aber auch für die Möglichkeit auf besondere Herausforderungen im Wissenschaftsbereich z. B. durch Hochschulsonderprogramme gemeinsam reagieren zu können. Die Zahl der Studienberechtigten wird in den nächsten Jahren dramatisch ansteigen, bevor der demografische Wandel dann auch die Hochschulen erreicht. Dies ist eine große Chance. Diese Chance kann aber nur genutzt werden, wenn jetzt Studienkapazitäten ausgebaut werden, statt – wie derzeit in vielen Bundesländern – abgebaut. Dies gilt erst recht, wenn gleichzeitig die Quote der Studierenden pro Jahrgang erhöht werden soll, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Tatsächlich ist die Große Koalition drauf und dran, sich entgegen der Warnungen von Bildungspolitikern und Wissenschaftsorganisationen jede Einflussmöglichkeit abzuschneiden. Dabei sind auch viele Länder auf dem Weg, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Gerade die schwächeren oder ostdeutschen Bundesländer haben von den Bundeshilfen und Sonderprogrammen besonders profitiert, ob nun vom Programm für die Fachhochschulen, der Förderung der mathematischen-naturwissenschaftlichen Kompetenz oder des Computer- und Multimediaeinsatzes in der Bildung. Wir brauchen in Zukunft mehr strategische Kooperation und verbindliche Umsetzung von Vereinbarungen auf den jeweiligen Kompetenzebenen. Das ist eine wichtige Schlussfolgerung aus den internationalen Bildungsvergleichen und entspricht der zentralen Bedeutung des Bildungssystems. Gerade die Verfassung darf nicht zum Gegenstand für einen Kuhhandel werden. Fehlentscheidungen in diesem Bereich würden uns wegen der notwendigen doppelten Zweidrittelmehrheit (in Bundestag und Bundesrat) noch jahrzehntelang verfolgen. Wir sollten notwendige Korrekturen deshalb rechtzeitig vornehmen und nicht so tun, als ob ein vernünftiger Gesamtkompromiss diese Korrekturen nicht aushalten würde.

DIE VERFASSERIN IST MITGLIED IM VORSTAND DER BUNDESTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND KOORDINATORIN DES ARBEITSKREISES WISSENSCHAFT ■



Kleine Einheiten im Vorteil Dorothee Bär

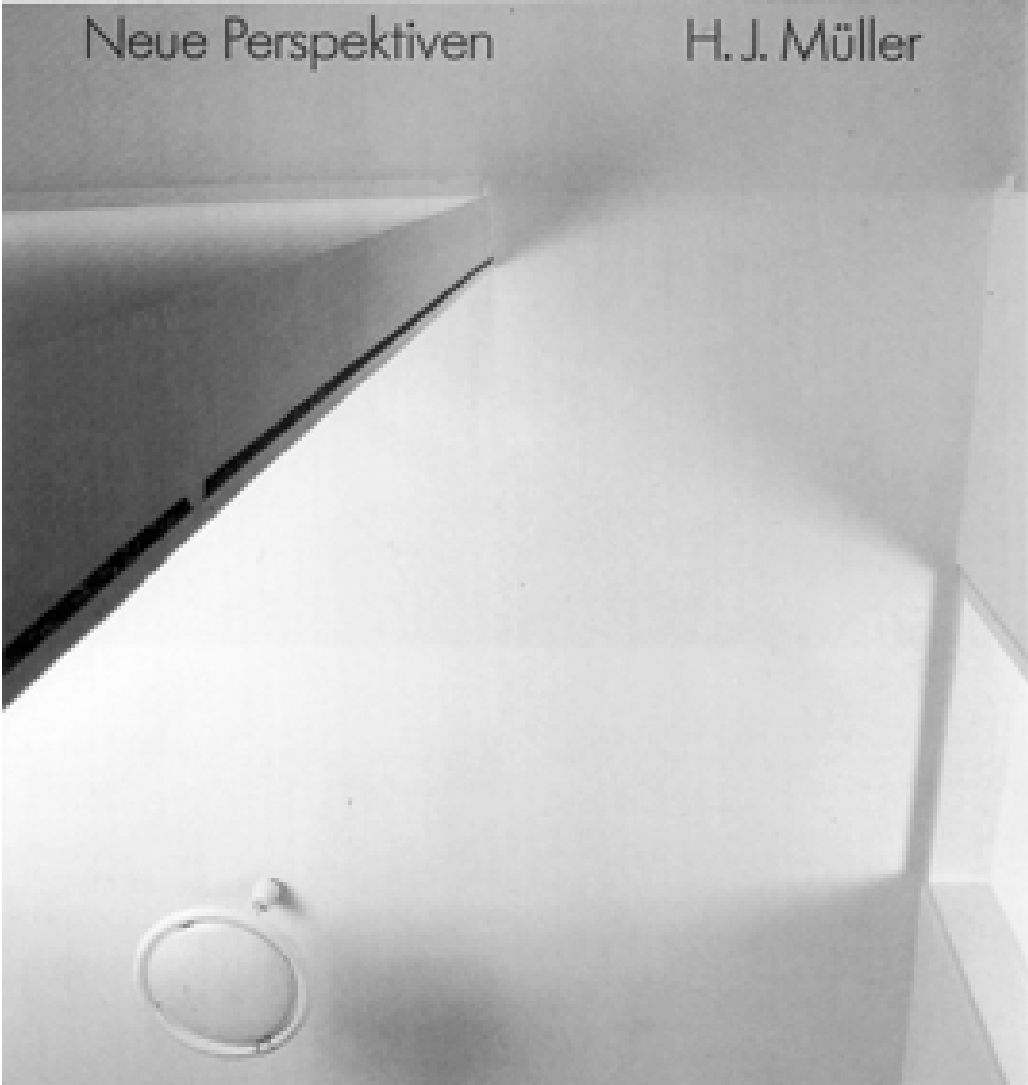
Starrer Beteiligungsföderalismus ist passé

Eine Grundgesetzänderung ist niemals eine leichte Entscheidung. Die Diskussionen um und während der Föderalismuskommission ist deshalb selbstverständlich, die damit einhergehenden Veränderungen sind zu umfassend, als dass ein Entschluss darüber leicht zu finden sei.

Die Föderalismusreform bedeutet eine Ablösung des starren Beteiligungsföderalismus durch einen grundsätzlich beweglicheren Gestaltungsföderalismus. Die Länder verzichten auf einen beachtlichen Teil ihrer Mitwirkungsrechte im Bundesrat, was zu einer spürbaren Entzerrung von Verantwortlichkeiten und einer Beschleunigung von Entscheidungen führt. Dafür erhalten die Länder in wesentlichen Politikfeldern wie der schulischen Bildung größere Gestaltungsspielräume. Kritiker sehen darin den Übergang zur Kleinstaaterei. Dem kann nur entgegen gehalten werden, dass gerade kleine Länder erfolgreich sind. Dezentralität und die Vielfalt kleinerer Einheiten sind erfolgreich und gut für die Menschen. Man muss dabei nur auf andere Länder blicken, Kanada hat mit seinem föderalen Bildungswettbewerb beispielsweise bei PISA Spitzenleistungen erreicht und das viel zitierte Finnland beweist, dass besonders kleine Einheiten im Vorteil sind. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es in ihrer Haushaltsrede auf den Punkt gebracht: „Wer möchte, dass Schulpolitik Bundespolitik wird, darf keine Föderalismusreform anstreben, sondern

muss darüber sprechen, ob wir in Deutschland noch Länder brauchen.“ Doch die Aufgabe unseres Föderalismus verfolgt niemand ernsthaft. Schon seit Jahren arbeitet die Kultusministerkonferenz auch dafür, dass Familien künftig bei einem Umzug innerhalb Deutschlands nicht vor größeren schulischen Hürden stehen. Zu allen Schularten gibt es dazu gemeinsame Abkommen. Jeder weiß auch: Selbst innerhalb einer Stadt oder eines Landes gibt es Unterschiede von Schule zu Schule. Niemand sollte hier falsche Ängste schüren. Das Zusammenwirken von Bund und Länder soll (im Rahmen des Art. 91b Abs. 2 GG) auf den Bereich Überprüfung der Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich beschränkt werden. Die Qualitätssicherung muss oberste Priorität haben, damit die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Bildungssystems garantiert ist. Länderübergreifende Modellversuche wird es auch weiterhin geben. Ihr Umfang wird vermutlich eingeschränkt sein. Es ist davon auszugehen, dass sie sich auf den Bereich Bildungsmonitoring und Evaluation beschränken. Damit kämen wir auch hier dem Ziel eines umfassenden Qualitätssicherungssystems näher. Für die laufenden Projekte gilt bei einer Grundgesetzänderung die Bestandsgarantie.

DIE VERFASSERIN IST BERICHTERSTATTERIN DER CDU/CSU-FRAKTION FÜR DIE FÖDERALISMUSREFORM IM BEREICH DER BILDUNGSPOLITIK ■



Plädoyer für einen nationalen Bildungspakt

Cornelia Pieper

Den gordischen Knoten in der Bildungspolitik endlich durchschlagen

Der UN-Inspektor Muñoz hat dem deutschen Bildungssystem den Spiegel vorgehalten: Er betonte: Der Zugang zu Bildung sei ein Menschenrecht. Die großen und wachsenden Unterschiede der Bundesländer sehe er mit Besorgnis. Die Unterschiede bei den Bildungschancen für Kinder und Jugendlichen seien zwischen den Bundesländern zu groß. Der Bund müsse weiter die Rahmenbedingungen schaffen können, um gleiche Entwicklungschancen für alle Kinder zu gewährleisten.

Ziel liberaler Bildungspolitik ist seit jeher die optimale Förderung des einzelnen Menschen. Mündige, verantwortungsbewusste, tolerante und weltoffene Staatsbürger bilden das Fundament der demokratischen Bürgergesellschaft. Heute gilt aber noch mehr als zuvor: Bildung, Forschung und Entwicklung bilden für eine moderne Gesellschaft und eine erfolgreiche Volkswirtschaft die entscheidende Grundlage.

Unsere Schulen und Hochschulen müssen auch in Zukunft international Schritt halten können

Ein hohes Niveau an Einkommen, an Gesundheitsleistungen und sozialer Sicherheit lässt sich nur halten, wenn die Wirtschaft weiter für eine hohe Wertschöpfung sorgt. Ein hervorragendes Bildungswesen, exzellente Bedingungen für Wissenschaft und Forschung und eine große Innovationsfähigkeit der Gesellschaft sind dafür die notwendigen Voraussetzungen. Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, brauchen wir die besten Köpfe, die beste Bildung und die beste Wissenschaft.

Die Qualität unserer Schulen und vieler Hochschulen ist leider noch immer nicht gut genug, um im internationalen Wettbewerb Schritt zu halten. In der für eine liberale Demokratie zentralen Frage der Chancengerechtigkeit am Start ist Deutschland noch weiter zurückgefallen. Die Unterschiede in den Bildungschancen und im Bildungserfolg sind in Deutschland noch dazu höchst unterschiedlich – je nach Wohnort und Bundesland.

Der verantwortliche Umgang mit Bildungs- und Forschungspolitik ist auf allen staatlichen Ebenen unerlässlich, denn es geht um die Zukunft unseres Landes.

Verantwortlichkeit um der Sache willen ist auch bei der Föderalismus-Diskussion gerade auch im Zusammenhang mit Bildung und Forschung gefordert. Die Föderalismusreform darf Kindern und Jugendlichen die Zukunftschancen nicht verbauen und den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht zurückfallen lassen.

Die angedachte „Reform“ wird jedoch, wenn sie nicht modifiziert wird, die Zersplitterung der Bildungslandschaft durch Abweichungsregelungen verstärken, indem sie 16 unterschiedliche Regelungen bei Hochschulzugängen, Abschlüssen und schulischen Berechtigungen ermöglicht. In Europa ist dagegen der Bologna-Prozess in vollem Gang, mit voller Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse und Mobilität junger Menschen im europäischen Bildungsraum. Mit anderen Worten: Für einen baden-württembergischen Studienanfänger wird es nach der sogenannten Reform möglicherweise leichter sein, in London mit dem Studium zu beginnen als in Berlin.

Wettbewerb in einem gemeinsamen Ordnungsrahmen

Es gilt, eine doppelte Aufgabenstellung zu lösen: einerseits erheblich mehr Freiheit und Wettbewerb für die einzelnen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen, andererseits aber einen Rahmen zu schaffen, in dem sich Wettbewerb und Freiheit der einzelnen Einrichtungen, aber auch der Länder qualitätsfördernd entfalten können. Bürokratische Vorschriften auf Länderebene schränken die Freiheit der einzelnen Bildungseinrichtungen nach wie vor viel zu stark ein, flexibel und phantasievoll auf die Situation der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen einzugehen. Wettbewerb um die beste Bildung unter bundesstaatlichen Bedingungen kann daher nicht Stärkung der Kultusbürokratien bedeuten, sondern Stärkung des freien Wettbewerbs der einzelnen Bildungseinrichtungen in einem gemeinsamen Ordnungsrahmen. Dies erfordert mittelfristig auch eine Änderung der öffentlichen Finanzierung: Weg von der Ob-

jekt – hin zur Subjektförderung. Dies bedeutet den Übergang zur pro-Kopf-Finanzierung oder die Ausgabe von Bildungsgutscheinen.

Gesamtstaatliche Verantwortung wahrnehmen

Deutschland ist in den Augen des überwiegenden Teils der Bevölkerung eine Einheit und in internationaler Sicht ein Bildungsstandort – und nicht ein Konglomerat von Mittel- und Kleinststaaten unterschiedlicher Systeme. Die Europäisierung und Internationalisierung des gesamten Bildungssystems und der Forschungsförderung erfordert eine wirksame, kontinuierliche und einheitliche Vertretung nach außen.

Es gilt, die Bildungs- und damit Lebenschancen aller jungen Menschen in Deutschland unabhängig vom Aufenthaltsort der Familien zu verbessern. In einer internationalen und auf Wettbewerb ausgerichteten europäischen Bildungslandschaft muss erst recht die Mobilität deutscher Schüler, Eltern und Lehrer in unserem Bundesstaat gewährleistet sein. Es ist unerträglich, dass für Familien mit Kindern das Umziehen noch immer mit schweren Schulproblemen der Kinder verbunden ist.

Die Freiheit des Arbeitsmarkts für Lehrkräfte muss ebenso gewährleistet sein wie die volle gegenseitige Anerkennung aller Schul- und Berufsabschlüsse. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die gegenseitige Anerkennung auf europäischer Ebene toleranter geregelt ist als innerhalb der Bundesrepublik. Ohne eine wirkungsvolle Koordination der Bildungspolitik auf der nationalen Ebene kann dies aber nicht gelingen. Wir brauchen einen nationalen Pakt für Bildung.

Die Kultusministerkonferenz verändern und erweitern

Die Kultusministerkonferenz möchte diese Aufgaben jedenfalls im Schulbereich in Zukunft allein wahrnehmen. Sie ist jedoch ein Gremium, das sich in den letzten Jahrzehnten erkennbar nicht bewährt hat, denn die erwähnten Ungeheimheiten im deutschen Bildungswesen sind immer noch nicht ausgeräumt. Fast noch schwerwiegender ist, dass unter ihrer bisher schon bestehenden Verantwortung aus einem der besten Bildungssysteme der Welt in den letzten 50 Jahren ein gerade noch Mittelmäßiges geworden ist. Es bedurfte erst der PISA-Untersuchungen, um zumindest etwas gebremsten Reformeifer in den Ländern zu entfalten.

So ist es kein Grund zur Freude, dass die KMK durch die Föderalismus-Reform in erheblichem Umfang gestärkt werden soll. Immerhin hat die KMK nun erkannt und sehr deutlich erklärt, dass es eine „gemeinsam wahrzunehmende Gesamtstaatliche Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland“ auch in der Bildung gibt. (Presseerklärung vom 16.2.2006)

Aus dem Mehr an Freiheit für die Länder, so die KMK, ergäbe sich „zugleich eine größere Gesamtstaatliche Verantwortung“. Letztere nimmt die Kultusministerkonferenz wahr.“ Vollkommen ungeklärt ist dabei die Frage, wie und von wem der durch die Föderalismus-Reform verursachte erhebliche Verantwortungszuwachs der KMK kontrolliert werden soll. Die Länderparlamente sind dazu strukturell nicht in der Lage, da sie jeweils nur einen einzelnen Minister kontrollieren können. Nur zufällig wird dieser – alle 16 Jahre einmal der die Gesamtverantwortung repräsentierende Vorsitzende sein.

Die KMK muss sich verändern, erweitern und dem öffentlichen Diskurs öffnen, wenn es mit der Bildung in Deutschland nicht weiter bergab gehen soll.

Die Deutsche Bildungskonferenz

Frühkindliche Bildung, Schule, Berufsbildung und die nachfolgende Weiterbildung müssen enger verzahnt werden als bisher. Eine Allianz von Familien- und Bildungspolitik ist dringend erforderlich. Familienpolitische Maßnahmen, wie z.B. die Verbesserung der Betreuung der kleinen Kinder, sind wegen des notwendig stärker werdenden Bildungsanteils von hohem bildungspolitischem Interesse. Außerschulische und schulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen müssen gemein-



schaftlich entwickelten pädagogischen Konzepten folgen, wenn sie effektiv sein sollen. Die verbesserte Integration der Migrantenkinder und zugleich außerschulischer Sprachunterricht besonders für die Mütter sind Aufgaben von nationaler Bedeutung. Ein zunehmend größerer Teil der Hochschulbildung verlagert sich z.B. durch spätere Masterqualifikationen in den Weiterbildungsbereich. Die Berufsbildung enthält immer mehr internationale bzw. europäische Anteile. Die Qualifikationen der schulischen, hochschulischen und beruflichen Bildung müssen in ein europäisches Anerkennungssystem eingebracht werden. Bildungsmarketing, d.h. Werbung für den Bildungsstandort Deutschland in der Welt kann nicht in die einzelnen Länder zersplittern werden. Alle diese Gründe sprechen für eine nationale Bildungsstrategie.

Um sie zu diskutieren und die notwendigen Beschlüsse vorzubereiten, muss ein Gremium geschaffen werden, in dem das effektiv geschehen kann. Dieses Gremium kann nicht allein die KMK sein, denn der Horizont einer nationalen Bildungsstrategie weist über die Länderzuständigkeiten hinaus bis in den internationalen Bereich. Ich schlage deshalb vor, dass die KMK sich zu einer effizienteren Bildungskonferenz entwickelt, die aus Vertretern des Bundes und der Länder sowie einigen Bildungsexperten aus Wissenschaft und Unternehmen besteht. Die Deutsche Bildungskonferenz wäre auch dem Deutschen Bundestag und damit gegenüber der Öffentlichkeit verantwortlich. Dieses Gremium wird der Ort sein, an dem der Pakt für Bildung verwirklicht werden kann.

Die lähmende Zuständigkeitsdiskussion, deren einziger Grund in föderalen, ideologischen oder parteipolitischen Egoismen besteht, stößt bei immer weniger Menschen auf Verständnis. Mit der Verwirklichung der Deutschen Bildungskonferenz, die im konstitutionellen Rahmen der Föderalismus-Reform umgesetzt werden könnte, würde im Sinne der Sache endlich ein Durchbruch möglich.

Die Hochschulfinanzierung auch im Norden und Osten sichern

Tatsache ist, dass die bisherigen Vereinbarungen zur Hochschulfinanzierung nach der Föderalismusreform erhebliche Nachteile für die finanzschwächeren Länder mit sich bringen würden.

Regionale Unterschiede werden so weiter vertieft. Bereits in den letzten Jahren und Jahrzehnten sind den finanzstarken südlichen Bundesländern deutlich mehr Hochschulbaumittel zugeflossen als den nördlichen und östlichen. Ursache war die Notwendigkeit, die Bundesmittel jeweils komplementär aufzustocken.

Durch die derzeit bekannten Zusatzvereinbarungen zu den Grundgesetzänderungen wird dieser Zustand noch erheblich verschärft und auf lange Zeit festgeschrieben. Es wird nach dem Motto: „Wer hat, dem wird gegeben“ verfahren. Auch beim Exzellenzwettbewerb werden die strukturschwachen Länder erheblich weniger bekommen als die Strukturstarken. Selbst bei der auch nach der Föderalismus-Reform durch den Bund erfolgenden Großgeräte-Finanzierung werden diese Länder im Wesentlichen leer ausgehen. Hochschulen sind aber zentrale Elemente bei der Entwicklung und Stärkung von Regionen. Mittelständische Unternehmen mit neuen Techniken sind auf gut ausgestattete Hochschulen in ihrer Nähe angewiesen. Es gilt daher, die Voraussetzungen für die Förderung von Hochschulbau so auszugestalten, dass auch die kleineren und finanzschwächeren Länder eine realistische Chance auf den Erhalt von Fördermitteln haben. Der nationale Pakt für Bildung ist überfällig und wird unserem Land endlich den dringend notwendigen Schub nach vorn geben.

DIE VERFASSERIN IST BILDUNGSPOLITISCHE SPRECHERIN DER FDP-BUNDESTAGSFRAKTION UND STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS ■

Rückenwind für die kulturelle Bildung Max Fuchs

UNESCO-Weltkonferenz fordert eine nachhaltige Berücksichtigung von Kunst und Kreativität in Erziehung und Bildung

Vier Tage lang diskutierten vom 6. – 9. März 2006 im Kulturzentrum Belim am Rande von Lissabon ca. 1000 Experten aus etwa 100 Mitgliedsländern der UNESCO Fragen der künstlerischen und kulturellen Bildung. Dass das geschehen ist – denn immerhin ist die Zahl der UNESCO-Weltkonferenzen unter dem Generaldirektor Koïchiro Matsuura erheblich reduziert worden –, ist von großer Bedeutung. Denn alleine dieses Stattfinden belegt die hohe Relevanz, die man international der Rolle von Kunst und Kultur in Bildungs- und Erziehungsprozessen zubilligt. Diese Anerkennung kultureller Bildung wird noch dadurch verstärkt, dass die Weltkonferenz keine einmalige Veranstaltung war, sondern eingebettet ist in einen mehrjährigen Prozess, der seit den späten 90er Jahren des letzten Jahrhunderts deutlich an Fahrt gewonnen hat.

Neu ist im Kontext der Vereinten Nationen die Thematisierung von Bildung und Kultur nicht. Immerhin formulieren bereits alle wichtigen Gründungsdokumente (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, UN-Charta etc.) die hohe Relevanz von Bildung und Erziehung und die Rolle der Kultur für ein menschenwürdiges Leben. Aktuell sind anspruchsvolle Ziele, die innerhalb des Programms Education for All (EFA) formuliert werden, bei dem es im wesentlichen um die Vermittlung und Aneignung der grundlegenden Kulturtechniken geht. Speziell mit Fragen der Künste und der Kultur sowie der künstlerischen und kulturellen Bildung befassten sich in den letzten Jahren zwei internationale Konferenzen (Status of the Artist, Paris 1997 und Cultural Policies for Development, Stockholm 1998). Die 30. Generalversammlung der UNESCO fasste 1999 den Beschluss zur Förderung von künstlerischer Bildung und Kreativität in der Schule. Die jetzt stattgefundene Weltkonferenz ist also der Höhepunkt einer langfristigen Entwicklung. Sie wurde möglich durch das besondere Interesse Portugals (und einer offenbar erheblichen finanziellen Unterstützung der Gulbenkian-Stiftung). Vorangegangen

waren Regionalkonferenzen, wobei sich die „Regionen“ im UNESCO-Kontext auf Afrika, Asien/Pazifik, Europa/Nordamerika und Süd- und Mittelamerika bezogen, in denen bereits substantielle und gehaltvolle Positionspapiere und Empfehlungen erarbeitet wurden. Man konnte also mit einiger Sicherheit ankündigen, dass am Ende der Weltkonferenz eine Charta und eine „Road Map“ zur künstlerischen und kulturellen Bildung vorliegen sollten. Die Verantwortliche im UNESCO-Hauptquartier in Paris, Teresa Wagner, formulierte auf der Basis dieser Regionalkonferenzen einige große Herausforderungen, denen sich diese geplanten politischen Dokumente stellen mussten: Mängel an Ressourcen und geschulten Lehrern, offene Methodenfragen des Kunstunterrichts, die Rolle der Partnerschaften zwischen Schule (v.a. der Sekundarstufe) und Kultureinrichtungen, fehlende Fachlehrer in der Primarstufe. Diese Problemvorgabe zeigt bereits, dass es um Qualität, Evaluation und Lobbyarbeit sowie darum geht, die international verbreitete Randlage künstlerischer Schulfächer zu verändern. Die Problemnennung zeigt allerdings auch, dass sehr stark die Schule, also die formale Bildung im Vordergrund der ursprünglichen Überlegungen der UNESCO stand und man sich auf traditionelle Künste (Theater, Musik, Bildende Kunst) konzentrieren wollte. Dagegen hat sich allerdings schon im Vorfeld erheblicher Widerstand gezeigt, da man alle Lernmöglichkeiten und Bildungsorte, also insbesondere die nonformale und informelle Bildung, und hier nicht nur in dem stark europäisch orientierten Kunstkanon, berücksichtigt sehen wollte.

In Hinblick auf die Schulsituation konnten die Ergebnisse eines internationalen Forschungsprojektes (Ann Bamford: The WOW-Factor – Global Research Compendium on the Impact of the Arts in Education. Münster: Waxmann 2006) ein wenig beruhigen, denn immerhin hat das Forschungsteam Künste in fast allen Lehrplänen weltweit entdeckt. Aber auch diese Studie musste erhebliche Defizite feststellen, insbesondere in Hinblick auf Differenzen zwischen Lippenbekenntnissen und Realitäten.



Was hat die Konferenz zu all diesen Aspekten an Erkenntnissen gebracht? Zum einen gab es die üblichen, aber auch notwendigen Bekenntnisse wichtiger politischer Akteure, vom scheidenden portugiesischen Präsidenten bis zu den vielen Verantwortlichen in den nationalen Schul- und Kulturministerien, die in den unterschiedlichen Diskussionsrunden, Panels und Workshops auftraten. Und von diesen gab es eine Menge, die aufgrund der Größe der Konferenz meist parallel tagten: Plenarsitzungen mit bis zu 1000 Zuhörern, Panels, Workshopssessions bis hin zu Praxisdemonstrationen mit fünf bis zehn Teilnehmern.

Künste stiften Sinn und ermutigen zur Tat

Es gab politisch verwertbare, oft allerdings auch arg plakative Begründungen für Kunst und Kultur in Bildungsprozessen, und durchaus wurde in guter Absicht gelegentlich ein wenig über das Ziel hinaus geschossen, wenn die Künste – durchaus vertraut aus deutschen Debatten – quasi als Allheilmittel gegen alle Übel der Welt (Gewalt, Krieg, Armut, Unterversorgung, Krankheit, v.a. Aids etc.) vorgestellt wurden. Allerdings gab es auch viele überzeugende Demonstrationen dafür, dass Kunst und Kultur nicht erst dann anfangen dürfen, wenn alle Bedürfnisse befriedigt sind. Vielmehr konnte gezeigt werden – gerade an Projekten aus Problemgebieten –, dass und wie Künste Menschen zur Tat ermutigen, ihnen Sinn geben, also „empowerment“ produzieren. Mit einem gewissen Neid konnte man sogar als Teilnehmer aus einem reichen Land feststellen, dass gerade in ärmeren und armen Ländern trotz ihrer Finanznot eben nicht an Kulturprogrammen für Kinder und Jugendliche gespart wird. Fast war es so, dass das Finanzargument eher aus reichen Ländern kam.

Es gab – ebenfalls schon fast obligatorisch – den Neurowissenschaftler, der aus der Sicht seines Fachgebietes die Relevanz von Kunst bestätigte. Diesen Part übernahm der renommierte portugiesische Forscher Antonio Damasio („Descartes’ Irrtum“), der zeigte, wie verheerend die (Descartes’sche) Trennung in Geist und Körper, hier: in Kognition und Emotion ist. Beide Prozesse laufen nämlich höchst unterschiedlich ab – etwa mit

sehr verschiedenem Tempo – wobei die Rolle der Emotionalität gerade in der moralischen Bewertung kognitiver Ergebnisse besteht. Künste, und dies ist ein klassischer Ansatz, wirken genau in diesem Bereich. Vernachlässigt man sie, so erhält man bestenfalls „erfinderische Zwerge“ (Brecht), die ohne moralische Skrupel auch technisch hoch entwickelte Massenvernichtungsmittel entwickeln und auch einsetzen. Als Argumentation ist dieser Gedanke gut zu gebrauchen. Allerdings ist an die Aussagen des deutschen PISA-Forschers Jürgen Baumert zu erinnern, der darauf beharrt, dass der Primat des Kognitiven in der Schule auch bei künstlerischen Fächern

ur Tat Gültigkeit behalte, da weniger die Kunstpraxis, sondern vielmehr ein analytischer Zugang zu den Künsten Aufgabe der Schulfächer sei. Will man also Damaskos Plädoyer für die Künste seriös nutzen, dann kommt es entschieden darauf an, nicht bloß **dass** die Künste im Lehrplan auftauchen, sondern **wie** dies geschieht.

Methodenfragen und die Frage der Befähigung des Lehrpersonals sind von entscheidender Bedeutung. Daher war es gut, dass die Tagung formell mit den Weltorganisationen der künstlerischen Lehrer (im Bereich Musik, Bildende Kunst und Darstellendes Spiel (ISME, InSEA und IDEA) kooperierten. Gut ist es auch, dass sich diese Weltorganisationen zu einer „Global Alliance“ zusammenschlossen, eine Zusammenarbeit vereinbart haben und weitere künstlerische Bereiche aufnehmen wollen. Dieser Allianz-Gedanke ist so gut, dass man neben der „Global Alliance“ auch lokale, regionale und nationale Allianzen gründen sollte. Bekanntlich ist auch in Deutschland eine Kooperation der Lehrerverbände mit den künstlerischen Fächern bislang nicht immer konfliktfrei verlaufen. Allerdings blieb vor diesem Hintergrund vielen Konferenzteilnehmern völlig unverständlich, wieso der während der Tagung vorgelegte Entwurf einer Road Map behauptete, die Qualität der schulischen künstlerischen Bildung könnte sich ausschließlich durch eine Zusammenarbeit der SchülerInnen mit Künstlern (und nicht mit Kunstlehrern) ergeben. Damit fiel an dieser Stelle der Empfehlungstext

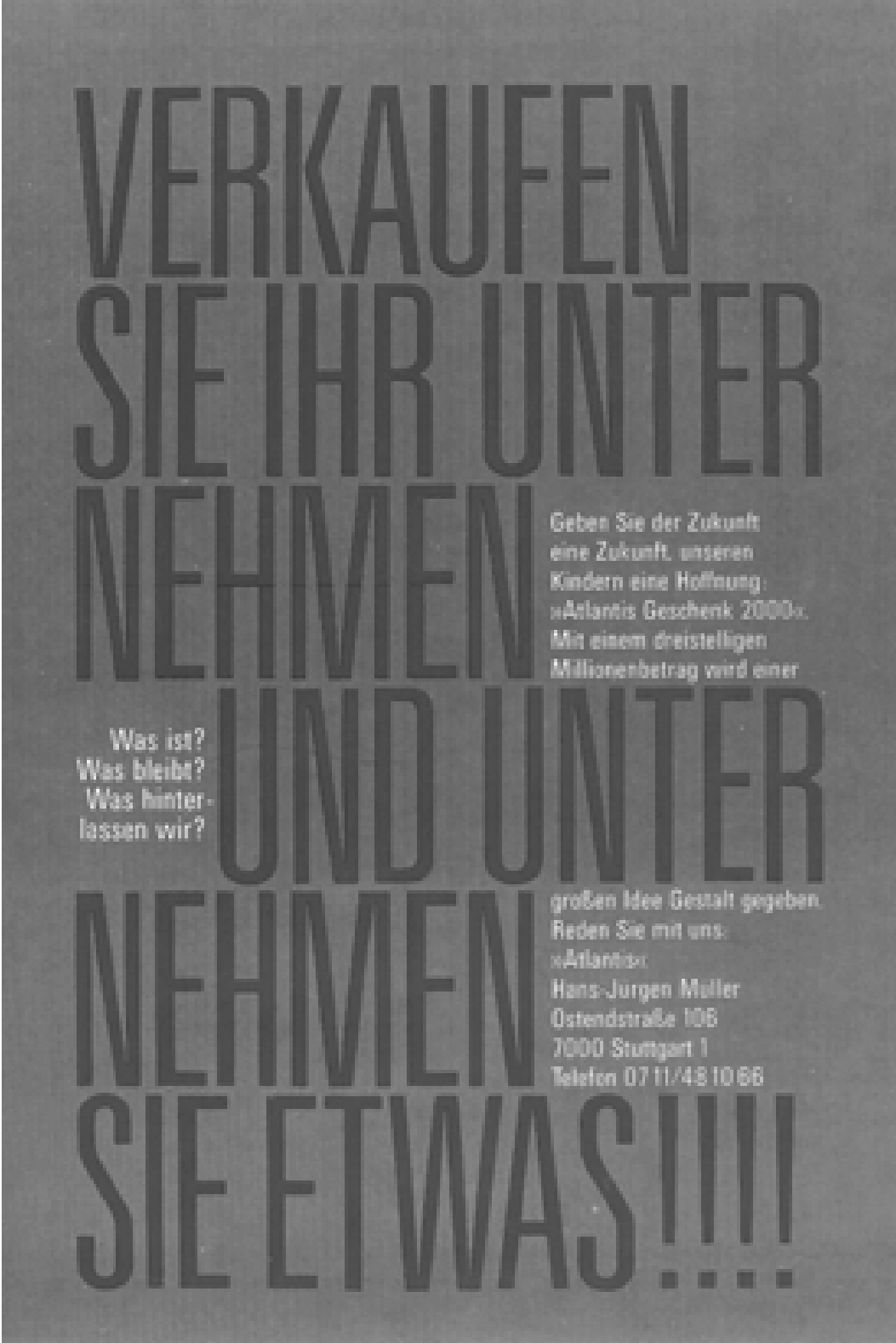
← Fortsetzung von Seite 4

weit hinter den Diskussionstand in den Arbeitsgruppen zurück, in denen eine Fülle guter Kooperations- und Qualifikationsmodelle vorgestellt wurde, bei denen Künstler auch in schulischen Kontexten Künstler bleiben konnten und in eine produktive (ergänzende) Arbeitsbeziehung mit den Kunstlehrern eintraten, die allerdings für das „Basisgeschäft“ in der Verantwortung bleiben

Auf nationaler Ebene die Impulse aus Lissabon aufnehmen

müssen. Genau dies ist ja heute auch in Deutschland ein entscheidendes Problem für die entstehende Ganztagschule: Sinnvolle und tragfähige Kooperationsformen zu entwickeln. Durchaus auch für die politischen Zwecke der Überzeugung, aber auch aufgrund eines erheblichen Forschungsbedarfs mit dem Ziel einer Qualitätsverbesserung in der kulturellen Bildung spielten Forschungsprojekte, vor allem in Hinblick auf Evaluation und individuelle Bewertung („Assessment“) eine große Rolle. Es gibt durchaus erheblich mehr an internationaler Forschung zu diesen Fragen, als man im nationalen Bereich zur Kenntnis zu nehmen scheint. Die Forderung nach einer Art Clearing-Stelle bei der UNESCO ist also höchst sinnvoll. „Forschung“ heißt allerdings im internationalen Kontext wesentlich: empirisch-quantitative Forschung. Die große Dominanz dieser Forschungsausrichtung während der Konferenz hat sicherlich auch damit zu tun, dass es eine nicht zu rechtfertigende angelsächsische Ausrichtung sowohl bei der Vorstellung von Projekten als auch bei den anderen Beiträgen gab. Es hat eigentlich keiner verstanden, wieso es kaum oder gar nicht auf der Landkarte der Weltkonferenz Asien, Afrika, den Rest von Europa oder Südamerika (Ausnahme: Brasilien) gab. Viele Workshops verliefen fast vollständig mit Native Speakers (aus Großbritannien, Kanada, USA oder Australien), was zu erheblichen Irritationen und dann auch zu einem sich allmählich verstärkenden Protest geführt hat. Trotzdem: Gute Forschungsprojekte waren anwesend, was insbesondere angesichts einer OECD-Präsentation auffiel. Ein Vertreter der Bildungsabteilung der OECD setzte sich nämlich mit der Frage auseinander, was man im Kontext von PISA zur kulturellen Bildung sagen könnte. Angesichts des Fehlens einschlägiger Daten nahm man als Indikator für kulturelle Bildung den Besitz von Kunstwerken, den man dann mit den Ergebnissen etwa in Mathematik korrelierte. Zwar war das Ergebnis positiv für letztere. Allerdings unterstützte dieses eigenartige Forschungsvorgehen nachhaltig den auch im Rahmen der deutschen Delegation vertretenen Wunsch nach einem „Kultur-PISA“, vorausgesetzt allerdings, dass man

sich sehr gründlich mit der Frage der für dieses Feld angemessenen Methode befasst. Angesichts der oft beschworenen Zukunftsherausforderungen war die Rolle der Medien interessant. Der ARD-Vorsitzende und NDR-Intendant Jobst Plog stellte ARTE als eine (durchaus nicht einfache) Form vor, wie sich das öffentliche Rundfunksystem für Kultur und Bildung engagieren kann. Aus der deutschen Delegation gab es zwei KUBIM-Projekte (Marc Fritzsche und Daniela Reimann), die sich in einem Workshop und einer ausführlichen Praxisdemonstration sehr gut präsentierten. Interessant ist, dass mit diesen zwei deutschen Akteuren fast 50% der gesamten Thematisierung speziell der Neuen Medien beschrieben sind, kurz: Digitale Medien waren hoffnungslos unterbelichtet, was angesichts der ständig präsenten Warnung vor der globalisierten Medienwelt mehr als nur überraschend war. Insgesamt waren die Beiträge zu der Konferenz aus Deutschland vorzeigbar: vier Präsentationen, drei Workshop-Moderationen, zwei Mitdiskutanten in einem Panel, ein Beitrag im Großen Saal und die Erarbeitung einer schriftlichen Stellungnahme zum Entwurf der Road Map. Präsentiert und ausgesprochen gut aufgenommen wurden – als strukturelle Konzeptvorschläge – der Kompetenznachweis Kultur der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung und die Konzeption kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates. Was war das Resultat und welche Folgen könnte die Konferenz haben? Eine Road Map ist nicht verabschiedet worden. Zu zahlreich und grundsätzlich waren die Veränderungs- und Ergänzungswünsche am vorgelegten Entwurf. Aus deutscher Sicht waren es u.a. die Vernachlässigung der non-formalen Bildung, die unverständliche Abwertung der künstlerischen Lehrer, das problematische Verständnis von „Kunst“. All dies soll in den nächsten Entwurf, der in einigen Monaten vorgelegt werden soll, eingearbeitet werden. Anstatt einer festgezurrten Road Map gibt es also einen Prozess einer fortlaufenden Präzisierung des jeweils vorhandenen Papiers. Dies ist gut so, zumal das „Mandat“ der Konferenz in Hinblick auf einen formellen Beschluss eher problematisch war. Und für die politische und pädagogische Praxis genügt der jetzt vorgesehene Status des Papiers allemal. Der Prozess geht auch insofern weiter, als eine neue Weltkonferenz allseits gewünscht wird und aus Korea bereits ein Angebot zur Durchführung in drei, vier Jahren vorliegt. Für Deutschland bietet es sich an, auf nationaler Ebene die Impulse aus Lissabon aufzunehmen, zu analysieren und weiterzuentwickeln. Dazu gehören gute, bislang hierzulande nicht erprobte Praxisprojekte, es gehört die Kenntnisnahme der internationalen Forschung dazu und es gehört die Erörterung der Frage eines Kultur-PISAS



dazu. Die Weltkonferenz war also – trotz der beschriebenen Mängel – ein großer Erfolg. Eine Weltgemeinschaft kulturelle Bildung hat sich formell konstituiert, gemeinsame Interessen, Probleme und Aufgaben wurden definiert, Kontakte wurden geknüpft und man hat auch für

die deutsche Debatte einen qualifizierten Referenzrahmen gefunden, der die Bewertung eigenen Ansätze erleichtert. MAX FUCHS IST VORSITZENDER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Ausstellen heißt heute Vermitteln Hans-Martin Hinz

Museen – Foren für Bildung zur nachhaltigen Entwicklung?

Nachdem die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2002 auf Empfehlung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg das Weltdekadenthema „Education for Sustainable Development“ für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufen hatte, entwickelte die UNESCO im Jahre 2004 ein „Framework for the Draft Implementation Scheme“, welches vom Executive Board der UNESCO im April 2005 bestätigt wurde. Seitdem werden weltweit durch staatliche Stellen und Non-Governmental Organisations (NGOs) nationale, internationale und vielfach interdisziplinäre Veranstaltungen durchgeführt, um sich dem Thema zu nähern und in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Auf Initiative der Deutschen UNESCO-Kommission und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist bereits eine Reihe von Aktivitäten durch das Nationalkomitee UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ initiiert worden. Ein loser Bund von etwa 100 Akteuren hat sich zu einem „Runden Tisch“ und zur „Allianz Nachhaltigkeit Lernen“ zusammengefunden. Ein nationaler Aktionsplan soll zur Verankerung des Gedankens der Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen des Bildungswesens beitragen, indem Aktivitäten gebündelt und Vernetzungen betrieben sowie die öffentliche Wahrnehmung des Anliegens befördert werden (www.unesco.de).

Im Kern geht es bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung darum, den Menschen überall auf der Welt zu Gestaltungskompetenzen zu verhelfen: weltoffen zu sein, vorausschauend denken zu können, interdisziplinär zu arbeiten, Handlungswissen zu erlangen, von dem Bewusstsein, Identität und Handeln mit dem Ziel ausgelöst werden – so die Annahme –, heutigen und künftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu erhalten. Das betrifft letztlich alle Lebensbereiche von der Ökologie zur Wirtschaft und auch die Kultur. Die Anstöße gingen vor allem von der Ökologie aus, weil die Durchdringung von Ökonomie und Ökologie während der vergangenen Jahrzehnte zu Landschafts- und Naturverbrauch in globalem Ausmaß und damit zu neuen Bedrohungen geführt hat. Der Bildungsauftrag der UN-Dekade betrifft neben den Einrichtungen der formellen Bildung mehr und mehr auch die Einrichtungen der informellen Bildung, die sich zunehmend selbst vergewissern, ob sie einen Beitrag zur Bildung für nachhaltigen Entwicklung leisten können. Museen gehören dazu. Was auf nationaler Ebene durch die Aktivitäten des UNESCO-Nationalkomitees an interdisziplinärer Arbeit geleistet wird, fand im Januar 2006 auf einer interdisziplinären Konferenz in Vietnam im internationalen Rahmen statt. Nach Hanoi und Ha Long Bay lud die in Australien ansässige non-profit-organisation „Common Ground“ in Zusammenarbeit mit dem International Council of Mu-

seums (ICOM) und weiteren internationalen Organisationen sowie mehreren Universitäten über 200 Referenten aus der ganzen Welt ein, um sich über „Sustainable Heritage Development: Environmental, Cultural, Economic and Social Sustainability“ wissenschaftlich auszutauschen (www.SustainaBilityConference.com). Nach einer Vorgängerkonferenz 2005 in den USA hat die Vietnam-Tagung vor allem auch den Versuch unternommen, den Bereich der Kultur, vor allem der Museen als Bildungseinrichtungen, zu integrieren. Ziel war es, Verständigungsbrücken zwischen den unterschiedlichen Disziplinen zu bauen, denn der Begriff der Nachhaltigkeit – das zeigte auch die Vietnam-Konferenz – wird durchaus in unterschiedlichen Disziplinen verschieden verstanden und ist, wie sich zeigte, in der Definitionsgenauigkeit noch defizitär. Vielfach kommt er als intellektueller Modebegriff zur Anwendung mit unterschiedlicher Tiefenschärfe. Dies ist vielen Konferenzteilnehmenden deutlich geworden und soll künftig in den interdisziplinären Umgang einfließen. Museen als Kultur- und Bildungseinrichtungen mit weltweiter Verbreitung stellen in diesem Zusammenhang zunehmend die Frage, inwieweit sie zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung der Erde beitragen können. Infolge ihrer durchaus diversifizierten Gründungsaufträge und ihren heutigen gesellschaftlichen Ansprüchen verstehen sie sich dennoch als Einrichtungen mit globalen gesellschaftlichen Funktionen bei vergleichbaren Aufgabenstellungen. Ihre Kernauf-

gaben der Bewahrung des materiellen, immateriellen und des Natur-Erbes der Menschheit und ihre Selbstdefinition sind im „Code of Ethics for Museums“ des International Council of Museums (ICOM) festgehalten und gelten als Richtlinien weltweit für alle Museen. Bei der traditionellen Aufgabenstellung von Museen – Sammeln, Bewahren, Forschen und Ausstellen – wird kritisch gefragt, ob Museen überhaupt geeignete Einrichtungen sind, zur Bildung für nachhaltige Entwicklung beizutragen. Dieser Frage nachzugehen lohnt sich deshalb, weil Museen über den traditionellen Ansatz hinaus heute längst ein erweitertes Selbstverständnis besitzen, zu dem die Vermittlungsarbeit zählt. Dies leitet sich aus der Aufgabenstellung „Ausstellen“ ab und meint gerade nicht im engeren Sinne das Präsentieren von Forschungsergebnissen am Einzelobjekt, sondern das Vermitteln von kulturellen und historischen Zusammenhängen. Die enorm gestiegenen Besucherzahlen in Ausstellungen während der vergangenen Jahrzehnte reflektieren die Öffnung der Museen. Das gleichzeitige rapide Anwachsen der Anzahl der Museen bietet darüber hinaus in vielen Ländern der Erde ein so dichtes Netz an Einrichtungen, das dort von räumlicher Disparität oder schlechter Erreichbarkeit nicht mehr gesprochen werden kann. Museen leisten somit einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Daseinsvorsorge, eine wichtige Grundvoraussetzung für nachhaltiges Ler-

← Fortsetzung von Seite 5

Ausstellen heißt heute Vermitteln

nen. In der Zwischenzeit sind Museen als Lernorte, sogar für ein lebenslanges Lernen, anerkannt. Darin unterscheiden sie sich von den formellen Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten, die in der Regel ein auf Schul- oder Studienzeit begrenztes Ausbildungs- und Lernangebot bereithalten. Erhebliche Unterschiede zwischen Einrichtungen der formellen Bildung und Museen zeigen sich aber bei der Aufbereitung des „Lernstoffes“ und seiner Vermittlung. Während der Unterricht an Schulen und Universitäten klare inhaltliche Zielvorgaben formuliert und verschiedene Lernziel-ebenen vorsieht wie Wissen, Erkennen und Anwenden, entwickeln sich Ausstellungsziele und

Lernzielkontrolle Museumsbesuch: Evaluationen des Langfristigen bleiben eher im Vagen

Ausstellungskonzeptionen meist nach anderen Regeln. Für Museen sind originale Objekte Ausgangspunkt wissenschaftlichen Handelns, sie bieten die Aura des Authentischen, des Historischen und lösen neben inhaltlich-kognitiven Aussagen vor allem affektive Reize bei den Besuchenden von Ausstellungen aus. Ganz ohne Zweifel bietet das Wissenschaftsprodukt Ausstellung einem breiten Publikum Lernangebote, mehr als dies früher der Fall gewesen war. Lernziele für Ausstellungen werden jedoch noch immer eher von außen, von der pädagogischen Seite mit Hilfe von Zusatzmaterialien oder technischen Hilfsmitteln für bestimmte Zielgruppen entwickelt. Selten sind Lernziele und Lernebenen im Sinne der Lerntheorie von Anfang an in die Ausstellungsplanung integriert, vielleicht auch deshalb, weil die wissenschaftlich Verantwortlichen ein „Aufweichen“ befürchten, an dessen Ende eine Ausstellung „light“ stehen könnte. Ob das Lernen in Ausstellungen wirklich gelingt und zur Bildung beiträgt, kann für den kurzfristigen Bereich durchaus bejaht werden, weil – ähnlich dem Schulunterricht, wo zur Überprüfung benennbare Indikatoren das Erreichen von Lernzielen anzeigen – Lernzielkontrollen gegeben und

vergleichbar sind. Dies trifft vor allem dann zu, wenn es unterrichtsvergleichbare Vorbereitungen von Ausstellungsbesuchen gibt oder von externer Seite Besucherbefragungen durchgeführt werden. Schwieriger gestaltet sich die Überprüfung des langfristigen Lernens infolge vieljähriger Museumsbesuche und damit das Feststellen von Veränderungen oder Verharren in Grundeinstellungen. Anders als in Schule und Universität, wo Lernen kompakt erfolgt und überprüft werden kann, bleiben bei Museumsbesuchen Evaluationen des Langfristigen eher im Vagen. Wie können sich also Museen auf das Dekadenthema der Weltgemeinschaft „Education for Sustainable Development“ einstellen? Was bedeutet es an Herausforderungen für Museen dazu beizutragen, Menschen Gestaltungskompetenzen zu verleihen, weltoffen und vorausschauend und kompetent zu handeln? Bislang wird der Erfolg von Museumsarbeit in eher kurzfristigen Kategorien gesehen: hohe Besucherzahlen und Einnahmen, Reaktion auf aktuelle kulturelle oder gesellschaftliche Themen, gute Ergänzungsangebote für Schule und Universität sowie Ausstellungen als touristische Attraktion. Der langfristigen und vor allem der nachhaltigen Wirkung wird noch wenig Raum gegeben. Wenn Museen künftig bei der Entwicklung von Schlüsselkompetenzen mit dem Ziel mitwirken, dass „Zukunftsgerechtigkeit“ zu einer Verhaltens-kategorie werden soll, dann sind zumindest zwei Ebenen angesprochen. Die erste betrifft das Fachpersonal der Museen, also die Leitung, die Kuratoren und die Museumspädagogen. Bei ihnen müsste erreicht werden, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung der Welt als Teil der konzeptionellen Museumsarbeit zu verstehen, egal um welche Museumssparten es sich handelt oder auf welcher Ebene das jeweilige Museum angesiedelt ist (Stadtteilmuseen bis Nationalmuseum). Hilfestellung im Klärungsprozess könnten zum Beispiel die Museumsverbände aller Ebenen leisten, auch die Aktivitäten der nationalen UNESCO-Komitees sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Auf der Basis eines Grundverständnisses und begrifflicher Genauigkeit wäre als zweiter Schritt zu überlegen, welche konkreten Beiträge Museen in



der Konzeptionsarbeit leisten können, so dass Ausstellungen Wirkungen und Veränderungen auslösen. Es ist weitgehend anerkannt, dass Menschen, die wissen woher sie kommen und wo sie stehen, sich also mit Vergangenheit und Kultur auseinander setzen, in der Lage sind, ihre Zukunft aktiv und mit höherem Verantwortungsbewusstsein zu gestalten. Identitätsstabilisierung durch Selbstvergewisserung kann somit auch zur Kompetenzstabilisierung und -erweiterung beitragen. Dabei bedienen Museen aufgrund ihrer unterschiedlichen Aufträge ein breites Feld an Identitäten, seien sie kultureller, sozialer, weltanschaulicher oder räumlicher Art. Informations- und Auseinandersetzungsangebote der Museen können somit im Lichte eines allgemeinen humanitären Sinns verstanden werden, wenn etwa die großen Prozesse der Menschheitsgeschichte und der Kulturen deutlich werden. Ein Leitthema wäre zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Emanzipation im Laufe der Geschichte, die Entwicklung von der Ungleichheit zur Rechtsgleichheit, aber auch deren Rückschläge. Die Darstellung der kulturellen Deutungen der Welt erleichtert Verständnis für das Fremde, die der sozialen Bedingungen und ihrer Veränderungen können Verständnis für Betroffene fördern. Über das ambivalente

und oft konfliktbeladene Verhältnis von Mensch und Umwelt aufzuklären, kann das Bewusstsein dahingehend verändern, unterschiedliche Interessen an räumlicher Nutzung und Umweltverbrauch besser einzuschätzen, um so Voraussetzungen zu schaffen, ein vor allem nachhaltiges verbessertes Verhältnis von Mensch und Natur zu bewirken. Museen haben letztlich das Potential Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, schon weil sie die materielle und immaterielle kulturelle Vergangenheit in ihren Sammlungen bewahren und zwar in großer Breite, über lange Zeiträume und in globalem Ausmaß. Sie können Besuchende in die Lage versetzen, das menschliche Sein besser zu verstehen und die Gegenwart und damit letztlich auch nachhaltig die Zukunft aus den Erkenntnissen über die Vergangenheit zu gestalten. Wenn es gelingt mit Museumsarbeit dazu beizutragen, dass die Menschen mit der einen Welt, über die sie verfügen, so umgehen, dass künftige Generationen nach ihren Bedürfnissen und zivilgesellschaftlichen Interessen leben können, dann leisten Museen einen Mosaikstein und Beitrag zum weltweiten Dekadenthema „Education for Sustainable Development“.

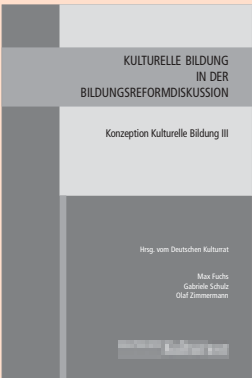
DER VERFASSER IST MEMBER OF THE EXECUTIVE COUNCIL DES INTERNATIONAL COUNCIL OF MUSEUMS (ICOM). WWW.ICOM.MUSEUM ■

KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION –

Konzeption Kulturelle Bildung III

Hg. v. Deutschen Kulturrat
Max Fuchs
Gabriele Schulz
Olaf Zimmermann
480 Seiten, 22,80 Euro

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de



Experten des Lebens Thomas Lang

Theater von und mit älteren Menschen

Cafe Dutschke lautet der Titel eines Theaterstücks, erarbeitet und aufgeführt von der Berliner Theatergruppe *Lubricat*. Die Akteure dieser Aufführung sind zum einem professionelle Schauspieler und Schauspielerinnen, ihnen zugesellt auf der Bühne vier weitere Personen, drei Frauen und ein Mann im Rentenalter. Die jungen SchauspielerInnen stellen – auf der Bühne, Abend für Abend – diese ihre Gäste vor. Sie befragen sie, sie illustrieren und kommentieren deren sehr persönliche Berichte, treten nacheinander und nebeneinander als einfühlsame Zuhörer, als Moderatoren und als Mitspieler auf. Neugierig ringen sie ganz unaufdringlich ihren Gästen „Erinnerungssplitter und Bekenntnisfetzen“ ab.

„Wir gehen davon aus, dass Gedächtnis nicht als Kategorie des Monumentalen, sondern als soziale Praxis begriffen werden muss“, ist im Programmheft zu lesen, und „Erinnern (ist) ein aktiver und gestaltender Akt, der nur individuell, fragmentarisch und phantasmatisch artikuliert werden kann“. Lebenserinnerungen und Erfahrungen eines langen Lebens und im besonderen deren Widersprüche im kleinen, das Gefälle zwischen historisch bedeutenden Ereignissen und den Mühen und kleinen Katastrophen des Alltags bestimmen die Aufführung. Gelegentlich werden zwar gemeinsam ein paar Gassenhauer gesungen, ein Volkstanz einstudiert, doch dieser Abend ist kein Theater im gewohnten Sinne. Nicht Spiel, Fiktion, sondern „Faktion“ ist zu erleben, eigene und selbst gesprochene Erinnerungen der Beteiligten. „Unterhaltsam und erhellend, unpräzises und witzig“ schreibt das Feuilleton über dieses Theater, Theater von und mit Alten, Altentheater.

„Ich habe seit ein paar Wochen einen Treppenlift. Der wurde nach Maß angefertigt und an einem Vormittag aufgestellt. Mit meinem Lift kann ich jetzt jederzeit und so oft wie ich möchte die Treppe rauf- und runterfahren.“

Kreuzworträtsel Boxenstop ist der Titel einer Frankfurter Theaterproduktion, erarbeitet von Helgard Haug, Stefan Kaegi und Stefan Wetzels, die unter dem Label *Rimini Protokoll* die Darsteller ihrer Theateraufführung als Experten bezeichnen. In diesem Fall sind die Akteure Bewohnerinnen eines Altenheims, deutlich über achtzig Jahre alt. Sie beschäftigen sich auf der Bühne – natürlich – mit Fragen der Hochgeschwindigkeit bei Autorennen in der Formel 1. Fragmentarisch abgebildet und angespielt werden Strategien der Geschwindigkeitsmessung und die Alten stellen dabei fest: „...beim Reifenwechsel oder beim Aufstehen vom Tisch: an beiden Orten werden Strategien und Sicherheitsmaßnahmen eingesetzt, um Geistesgegenwart zu optimieren und Leben zu schützen“.

Die 84jährige *Käthe Denicke*, alias Katja Nick ist die einzige Frau auf der Welt, die in drei Sprachen rückwärts singen und sprechen kann: auf Deutsch, Englisch und Japanisch. Sie ist eine von vier alten Artistinnen, die im Mittelpunkt der Theaterproduktion *Alte Artistinnen* unter der Leitung von Donald Becker und Gudrun Herrbold standen. Ihre Kolleginnen sind *Christel Levèvre*, alias Gillette (73), ehemalige Tänzerin und zu ihrer Zeit Europas einzige Messerwerferin, *Hildegard Frederick* (73), ehemalige Seiltänzerin und Mitglied der Seiltanz-Dynastie Familie Eitner und *Renate Böhmer* (65), ehemalige Vertikalseil- und Percheartistin der „*Esperantos*“. Als Koproduktion des Podewil in Berlin und des *FFT Düsseldorf*, portraitiert diese Inszenierung mit dokumentarischen Film- und Toneinblendungen und mit Gesprächen über Eros, Kunst und Politik die ungewöhnlichen künstlerischen und privaten Lebenswege dieser Frauen. Sie sind Zeitzeugen der Politik und Gesellschaft Deutschlands der letzten 84 Jahre. Eine CD zu dieser Produktion unter dem Titel *Alte Artistinnen* ist erschienen.

Kontakthof lautet der Titel einer Inszenierung der bedeutenden Choreografin *Pina Bausch*, künstlerische Leiterin des Ensembles des *Tanztheaters Wuppertal*. Eben dieses Stück hat Pina Bausch ebenfalls mit Tänzern und Tänzerinnen „ab 65“ neu inszeniert. In über einjähriger Probenarbeit erarbeiteten sich Männer und Frauen, die zum Teil noch nie auf der Bühne standen, ein komplexes Dreistunden-Stück. „Nicht die tänzerische Perfektion zählte, sondern die persönlichen Interpretationen der Szenen: Eigene Erfahrungen mit Beziehungen – das Thema des Stücks – fließen in das Spiel ein und bilden den besonderen Reiz“ dieser Aufführung. Im *Basis-Film-Verleih*

Berlin ist ein Dokumentarfilm über dieses Projekt erschienen, die Aufführung selbst ist im Repertoire des Wuppertaler Tanztheaters zu sehen. Pina Bausch sagt: „*Mich interessiert nicht, wie die Menschen sich bewegen, sondern was sie bewegt.*“

Alte Menschen sind oder werden zu Aktiven, zu Akteuren auf der Bühne, und, wie in diesen Fällen beschrieben, als handelnde Experten ihres eigenen Lebens. Bei diesen, eher einmaligen, nicht kontinuierlichen sich wiederholenden Projekten ist es die Kunstproduktion, von der ausgegangen wird. Ein Interesse an einem Inhalt, an einer Frage, an einem Konflikt sucht nach einer Form und nach künstlerischem Ausdruck auf der Bühne und im öffentlichen Raum. Künstlerische entwickelte professionelle Form(en) begibt/begeben sich auf der Bühne in Konfrontation zu nichtprofessionellen DarstellerInnen und zu älteren Menschen.

Amateurtheater, Laientheater?

An anderen Orten ist es das Motiv der „Verstellung“, der Darstellung des anderen, das Theaterspiel, das ältere Menschen zusammenführt und aktiv werden lässt. Ziel ist es auch hier erst einmal, eine wiederholbare Theateraufführung zu erarbeiten, um sie einer interessierten Öffentlichkeit vorzustellen. Und dieses selbstredend nicht als professionell tätiger Schauspieler, sondern natürlich als Amateur, als jemand, der das Theater liebt. Dabei wird betont, dieses nicht professionell, einen Beruf ausübend, betreiben zu wollen, sondern lediglich imitieren zu wollen mit Hingabe und Leidenschaft, eben als (unkritisch?), „Liebender“. Aus dieser Haltung entsteht dann gelegentlich (zu) „großes“ Theater. dass sich an opulenten und überdramatisierten Darstellungsweisen orientiert – und diese eher verkleinert, anstatt nach eigenen zu forschen. Oder auch an Abbildern konventionellen Schauspiels, den heute alten Aktiven aus ihren Theaterbesuchen der Jugendzeit bekannt, – und damit natürlich aus längst vergangenen Zeiten. Laie nennt sich dieser Theateraktive auch und sein Theater Laitheater und betont damit, dieses Tun eben laienhaft ausüben zu wollen, dem eigenen Vergnügen und dem der Zuschauenden folgend und nicht „professionell“, dem Gelderwerb dienend. Laitheater betonen mit dieser Bezeichnung ganz devot das bewusst ungekonnte.

Ein Streben nach einem theatralen Können und der Suche nach den Möglichkeiten des eigenen „gekonnten“ Ausdrucks und nach einem Begriff von Kunst ist hier nicht Ausgangspunkt theatralen Schaffens. Der Jugendclub am *Frankfurter Schauspielhaus* gab sich die Bezeichnung „Lions Club“. Spricht man heute von diesem Theater, wird begrifflich oft zwischen Amateurtheater und Laitheater hin- und hergesprungen, dabei auch gelegentlich der (eher hilflos wirkende) Begriff „Theater mit Nichtprofessionellen“ genutzt. Auf jeden Fall: es ist das kontinuierliche Zusammenwirken in einer Gruppe und in der Regel sich ähnelnde Produktionen, die von Interesse sind, nicht das einzelne und einmalige Projekt.

Theater von und mit alten und älteren Menschen

Neben den zahlreichen Theatervereinen finden sich zudem an Theatern, Theaterhäusern und in soziokulturellen Zentren ältere Menschen zusammen, die unter Anleitung Theaterstücke erfinden, erarbeiten und aufführen. Theaterpädagogische Projektarbeit meint diese über eine gewisse Zeit kontinuierliche Zusammenarbeit von Gruppen. Angeleitet wird diese in der Regel von einer Fachkraft, die diese Gruppe zur Zusammenarbeit angeregt hat oder aber auch von dieser mit der fachlichen Anleitung angefragt und beauftragt worden ist. Und auch diese Arbeit ist immer bestimmt von der Absicht, mit theatralen Mittel eine Aufführung vor einer Öffentlichkeit und möglichst mit Wiederholungen zu erarbeiten. Als Vorlage dienen zwar auch gelegentlich literarische Texte und Theaterstücke, vor allem aber aus eigenen Überlegungen aus der Gemeinsamkeit dieser Gruppe, dem Alter, entwickelter Texte. Diese dann werden dargestellt durch Formen des Schauspiels, mit den Themen, die politische, ästhetische und individuelle Befindlichkeiten gerade dieser Gruppe zum Ausgang haben, häufig erweitert mit musikalischen, tänzerischen und bildnerischen Elementen. Das ureigene Interesse an der personalen Darstellung sucht auch hier im



Theaterspiel Ort und Gelegenheit, „Anspruch“ sozusagen noch zusätzlich mit dabei. Und so stellen sich wieder Verbindungslinien und Überschneidungen her, zwischen dem Theaterspiel und dem, was man zu sagen hat und was man sagen will, Theater als Öffentlichkeit, als Mitteilung, als Ausdruck von Lebensgefühl und Lebenshaltung.

Vom Seniorentheater zum Altentheater

Etliche der heutigen Altentheatergruppen bezeichnen oder bezeichneten sich noch vor einiger Zeit als Seniorentheater. Doch dieser sozial-technologisch geprägte Begriff aus den siebziger Jahren mit seinen Harmonisierungsbemühungen wird zunehmend abgelöst von einer Neubewertung des Begriffs „Alte“ oder „ältere“ Menschen mit seinen Tendenzen zu Ehrlichkeit und Klarheit bis hin zu Elementen des Konflikts der Generationen (Glaser/Röbke, S.12). Ein soziokulturelles Grundkonzept – Künstler arbeiten mit Laien – wird im Altentheater Wirklichkeit. Theaterlehrer, „drama teacher“, Theaterpädagogen und Theaterpädagoginnen, die neue ästhetische Vorgehens- und Darstellungsweisen mit nichtprofessionellen Spielern erprobt hatten, konfrontierten und erweiterten die in der Regel erst einmal eher konventionellen Vorstellungen vieler Akteure mit ihren Vorstellungen einer zeitgenössischen Theaterpädagogik. So entwickelte sich aus diesem Zusammenwirken ein eigener ästhetischer Ausdruck des Altentheaters. Herkömmliche Rollenpsychologisierungen reduzieren sich zugunsten chorischer Formen, ironische Kommentierungen kommen hinzu, dokumentarische und biographische sowie selbstverfasste Texte bestimmen die Textvorlagen, methodische Vorgehensweisen, die alle Beteiligten in den Schaffensprozess einbeziehen, werden in den szenischen Formen sichtbar. Altentheater, Theater von und mit alten und älteren Menschen, sieht sich in seinen inhaltlichen und ästhetischen Ausformungen auf einer Linie mit den anderen zeitgenössischer theaterpädagogischer Projekte und Produktionsweisen anderer Kinder-, Jugend- und Erwachsenentheatergruppen. Neuere Entwicklungen zeigen erste Schritte in eine andere Richtung, nämlich raus aus dem sicher zeitweise notwendigen Biotop der Abgren-

zung, der Spezialisierung und Selbstversicherung. Gesucht wird ein Theater, das die Generationen wieder an einem Tisch und auf der Bühne versammelt.

Die „Szene“ Altentheater

In Köln im dortigen *Freien Werkstatt Theater*, das auch das bedeutende *Welt Altentheater Festival* ausrichtet, sind aktive Theatergruppen mit Älteren zu finden, in Bremen in Bürgerhäusern und Volkshochschulen, u. a. *Die Knitterfreien*, und seit vielen Jahren in Berlin im *Theater der Erfahrungen*, das etliche Theaterprojekte initiiert hat wie *Die* (legendären) *Spätzünder*, *Graue Zellen*, *Ostschwung*, *Die Herzschriftmacher* und *Rheumas Töchter*. Eine eigene Bühne ist eingerichtet in Mülheim an der Ruhr durch das dortige *Theater Spätlese* mit den *Mülheimer Seniorentheatertagen*, weitere Gruppen sind unter zahlreichen anderen in Braunschweig *Altweibersommer*, in Lingen beim dortigen Theaterpädagogischen Zentrum *Restrisiko* und in Hildesheim *Alt und Jung*, mit dem zukunftsweisenden Konzept, mehrere Generationen in einer Gruppe zu integrieren. Die theaterpädagogischen Abteilungen einiger institutionalisierter Theater erproben zeitweise Altentheaterprojekte, so Wilhelmshaven und Tübingen, vor Zeiten auch das Thalia Theater und das Schauspielhaus Hamburg. Die Nachbarländer Österreich und Schweiz verzeichnen ebenfalls eine lebendige Altentheaterszene, auch Italien, in Brixen, ebenso Dänemark und die Niederlande. Und der *Bundesarbeitskreis Seniorentheater im Bund Deutscher Amateurtheater* macht sichtbar, wie das bislang selbstverständliche Zusammenwirken aller Generationen auf der Bühne durch Aufgliederungen in Kinder-, Jugend, und Seniorentheatergruppen ergänzt werden. Dieses ist sicher auch Ausdruck einer Generationsverschiebung bei den Aktiven.

Oral History

Wie bei jedem guten Theaterstück steht im Mittelpunkt die genaue, beispiel- und bildhafte sowie poetische Darstellung der Lebensbedingungen und Lebenserfahrungen der Alten. Ausgehend vom Erfahrungsschatz Einzelner werden



← Fortsetzung von Seite 7
Experten des Lebens

gesellschaftliche Bezüge herausgefiltert und bestimmen die Themen und Geschichten des Altentheaters: die Qualität der Lebenserfahrung, neu erfahrene Spielfreude und Offenheit, die Überwindung von Einsamkeit und Alleinsein, Kontaktsuche (Wanderfreudige Sie sucht nicht-rauchenden Gesellen...) und Lebensumstände in der Heimunterbringung. Lange Zeit in den Hintergrund gedrängte Tabuthemen wie die Vitalität des Alters und Recht auf Lebensglück werden eingefordert und theatral veröffentlicht. Wesentlich Impulse erfährt in den neunziger Jahren das Altentheater zudem durch Methoden und Präsentationen der *oral history*, beeinflusst durch die Sozialpädagogik im angloamerikanischen Raum und das *Age Exchange Theatre* aus London. Die Zeitzeugenschaft der Beteiligten wird gelebte Geschichte und findet unter dem Focus zeitgenössischer Theaterformen konkret und lebendig Ausdruck in den Produktionen z. B. solcher Theater wie *Lubricat* und *Rimini Protokoll*. Deren Besonderheit allerdings: Erinnerungen, Erlebnisse und Geschichten als Teil von Geschichte bleiben sie selbst auf der Bühne und werden nicht zu selbstgeschriebenen Theatertexten verarbeitet und verdichtet. Wenn, wie bei etlichen Seniorentheatergruppen in den 80er und 90er Jahren, Lebenserfahrungen, Erinnerungen und entsprechende Dokumente in Theaterstücke „umgeschrieben“ wurden, fehlte dann doch zu häufig die künstlerische Verdichtung. Das Geschehen blieb zumeist im gut gemeinten Klischee

verhaftet. Erinnerungen an die Kriegs- und Nachkriegszeit oder der Umgang der Eltern- und Großelterngeneration mit der Zeit des Nationalsozialismus reduzierten sich so schnell auf Kafkeeklatschkolportagen unter dem Motto „Weißt du noch“ und „Früher war alles eigentlich auch nicht so schlecht“ und „Was haben wir gelacht“. Und immer wieder auch in der Nähe dieser Aufarbeitungen sind Anlehnungen zu finden an – Missverständnisse und Verwechslungen vorprogrammierte – Formen des konventionellen „Volks-theaters“, mit Tendenzen zu Boulevard und Schwank; eine theatrale Denk- und Spielweise, die Tabus, gesellschaftliches Fehlverhalten und deren Folgen zwar attraktiv für szenische Reize nutzt, dieselben Tabus in ihrer Wirkung dann aber eher wohl doch bestätigt.

Theater als Ausdruck seiner Zeit

Und so rücken die Lebensumstände einer Generation, die der Alten, nicht oft Gegenstand institutioneller Theaterkunst, verstärkt in den Blick. Konflikte zwischen den Generationen, ja, schon, aber beherrscht wird die sogenannte Altersfrage heute von den Veränderungen der Familienstrukturen, dem Wandel des Wohnumfeldes und den Versorgungsproblemen alter Menschen. Die Zahl der alten Menschen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft wächst signifikant, die Alterspyramide kehrt sich um und die Zahl der über Fünfundsechzigjährigen beträgt bald 30 Prozent. Dieser Umstand verlangt auch Konzepte zur kulturpädagogischen Aktivierung, denn die Versorgung mit Kaffee, Kuchen und Karnevalsschlagnern in der Altenbetreuung hat ihre Grenzen. Zudem

erreicht eine Generation das Seniorenalter, die zu den aktiven und intellektuellen Mitgestaltern dieser Gesellschaft gehörten und gehören und sich nun als Alte nicht in den Ruhestand begeben wollen, auch „woopies“ genannt, well off older people. Der Begriff des Un-Ruhestandes, geprägt von der Seniorenaktivistin *Trude Unruh* und der Partei *Die Grauen Panther* gewinnt aktuelle Bedeutung. In nicht allzu langer Zeit wird die Zahl der Einpersonenhaushalte in den Städten die der Mehrpersonenhaushalte überschreiten. Ein Hinweis erst einmal auf die Vielen, die nicht Familien gründen, vor allem aber auch auf die Anzahl derer, die im Alter alleine leben wollen, die „jungen“ Alten, oder müssen, die „wirklich“ Alten. Die daraus folgende gesellschaftliche Diskussion konzentriert sich auf Rentenkosten und Pflegeumstände. Alter wird heute – noch – nur als Problem wahrgenommen, als Einschränkungen der geistigen und körperlichen Möglichkeiten des Einzelnen und meint lediglich die Abweichung vom Normalen, vom Erwachsensein. Als Folge dieser öffentlichen Diskussion erfährt das Altentheater – nach einer ersten Welle in den frühen neunziger Jahren – neuerlich zunehmendes Interesse. Die Ursachen dafür liegen auf der Hand. Das Theater ist eine dieser öffentlichen Formen der Darstellung des Individuellen, dessen, was nicht in Statistiken und Berechnungen zu fassen ist. Aus den genannten Zusammenhängen heraus wird Theater von und mit Alten und älteren Menschen Ort und Sprache derer, die etwas zu sagen haben und diese Haltungen der Gemeinsamkeit mitzuteilen wünschen. Und sich so an einer gesellschaftlichen und kulturellen Debatte beteiligen.

„Wirkliche Menschen sind nur Kinder oder alte Menschen. Ich würde mich selber als altes Kind oder als jungen Greis bezeichnen“
Jean Luc Godard.

Literatur:

Eva Bittner/Johanna Kaiser: *Graue Stars. 15 Jahre Theater der Erfahrungen*. Freiburg im Breisgau 1996
Burger, Isabel B.: *Creative Drama for Senior Adults*. Wilton, Connecticut 1980
Fetting, Friederike: Theaterstücke, die ihr Leben schrieb – schreibt das Leben Theaterstücke? Zum Begriff der Erfahrung in der kulturpädagogischen Arbeit mit SeniorInnen. In: Hajo Kurzenberger (Hg.) *Praktische Theaterwissenschaft. Spiel-Inszenierung-Text*. Hildesheim 1998
Hermann Glaser/Thomas Röbbke (Hg.): *Dem Alter einen Sinn geben. Wie Senioren kulturell aktiv sein können*. Heidelberg 1992
Thomas Lang: *Altentheater* (Lexikonartikel), in: Gerd Koch, Marianne Streisand (Hg.): *Wörterbuch der Theaterpädagogik*. Berlin 2003
www.lubricat.de
www.rimini-protokoll.de
www.age-exchange.org.uk
www.pina-bausch.de
Damen und Herren ab 65 unter www.basisfilm.de

Dieser Artikel, leicht verändert, wurde erstmals veröffentlicht in der Fachzeitschrift des BDAT Bundes deutscher Amateurtheater „Spiel und Bühne 1/05

DER VERFASSER LEITET DEN FACHBEREICH THEATER AN DER BUNDESAKADEMIE FÜR KULTURELLE BILDUNG WOLFENBÜTTEL ■

Bundeswettbewerbe für Nachwuchskünstler Ina Bielenberg

Nachwuchs- und Begabtenförderung in allen gesellschaftlichen Bereichen ist eine wichtige bildungspolitische Aufgabe. Auch der Erhalt eines reichen, vielfältigen und innovativen Kulturlebens braucht Nachwuchsförderung in allen künstlerischen Sparten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung BMBF leistet in diesem Bereich seit Jahren einen wichtigen Beitrag durch die Förderung von insgesamt sieben künstlerischen Wettbewerben in den Bereichen Literatur, Musik, Theater, Film und bildende Kunst. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zuständigkeiten des Bundes im Bereich Bildung ist es ausgesprochen lohnend, sich diese wichtigen Aufgaben zu vergewissern und ihre positiven Wirkungen und sichtbaren Erfolge vor Augen zu führen.

Zum 21. Mal wird 2006 der **Bundeswettbewerb „Schülerinnen und Schüler schreiben“** stattfinden. Junge Autorinnen und Autoren ab 10 Jahren sind aufgerufen, ihre Geschichten, Gedichte, Parodien, Märchen, Reportagen einzureichen. Die Preisträger werden nach Berlin zum „Treffen junger Autoren“ eingeladen, das den jungen Literaten neben der Möglichkeit der öffentlichen Lesung literarische Workshops, Begegnungen und Fachgespräche mit Autoren, Verlagsfachleuten und Journalisten bietet. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu weiteren Schreibversuchen ermutigt werden sowie zur intensiven Beschäftigung mit allem, was Literatur ausmacht. Im Mittelpunkt des Treffens junger Autoren steht der Umgang mit dem Wort in der Vielfalt der literarischen Form. Der Wettbewerb und das Treffen junger Autoren erfreuen sich großer Beliebtheit. Auf die letzte Ausschreibung gingen rund 1.500 Einsendungen ein.

Ähnlich konzipiert ist **der Bundeswettbewerb „Schülerinnen und Schüler machen Lieder“** mit dem „Treffen junge Musikszene“. Bands und Einzelinterpreten sind eingeladen einzusenden, was sie selbst komponiert und getextet haben: Chanson, Rock, Rap, Jazz und Lyrik, Kunstlied, HipHop, Dance Floor, Pop, Blues, Folk, Reggae – erlaubt ist alles, was aus Sprache und Musik besteht. Im Mittelpunkt des Treffens steht das öffentliche Konzert der ausgewählten Musikerinnen und Musiker. Darüber hinaus bietet das Treffen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Musik-Workshops, Begegnungen und Fachgespräche mit Musikern, Musikpädagogen und Journalisten an. Im November 2005 fand bereits das 22. Treffen junge Musikszene statt, insgesamt gingen 240 Wettbewerbsbeiträge ein.

Rund 180 Bewerbungen verzeichnet der **Bundeswettbewerb „Schülerinnen und Schüler machen Theater“**. Eine unabhängige Jury wählt auf der Grundlage der eingereichten Bewerbungsunterlagen Theatergruppen aus, deren Produktionen dann in der Endauswahl von Jurymitgliedern be-

sucht werden. Bis zu 10 Theatergruppen bleiben zum Schluss übrig, deren Produktionen zum „Theatertreffen der Jugend“ nach Berlin eingeladen werden. Im Mittelpunkt des Treffens stehen die öffentlichen Aufführungen der ausgewählten Theaterproduktionen. Darüber hinaus bietet das Treffen den ausgewählten Ensembles und den eingeladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung die Möglichkeit zu gemeinsamer praktischer Theaterarbeit und kritischer Auseinandersetzung mit den Inszenierungen, es finden Gesprächsforen und Diskussionsrunden statt und vieles mehr, was den Austausch befördert. Veranstalter dieser drei Wettbewerbe sind die Berliner Festspiele. Für die Auswahl in jedem Wettbewerb ist ein unabhängige Jury verantwortlich, in der Pädagogen und Künstler der jeweiligen Bereiche vertreten sind.

Der **Bundeswettbewerb „Schülerinnen und Schüler komponieren“** wird von der Jeunesses Musicales Deutschland organisiert und durchgeführt. Rund 30 Preisträger werden aufgrund ihrer Einsendungen zum „Treffen junger Komponisten“ eingeladen. Diese Kompositionswerkstatt ist eines der wichtigsten Austauschforen für Nachwuchskomponisten im Schüleralter, die hier mit ihrer Begabung ernst genommen werden, sich austauschen können und Orientierung finden.

Das Bundesweite Schülerfilmfestival wurde 1982 ins Leben gerufen und hat sich längst zu einem **Internationalen Film Festival** mit dem Mut machenden Titel „up-and-coming“ entwickelt. Junge Film- und Videokünstler bis 27 Jahre senden ihre Eigenproduktionen ein und erhalten während des alle zwei Jahre stattfindenden Festivals die Möglichkeit, ihre Filme auf einer großen Leinwand vor Publikum vorzuführen. Neben der Ausstrahlung sorgen Workshops für den Erfahrungsaustausch und die Weiterbildung der jungen FilmernInnen.

Die bisher vorgestellten Wettbewerbe richten sich ausdrücklich an SchülerInnen und Auszubildende, deren Talent und Begabung gefördert und unterstützt werden soll. Die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (BKJ), Dachverband der kulturellen Kinder- und Jugendbildung in Deutschland, begrüßt ausdrücklich, dass sich das BMBF für die Bildungs- und Begabtenförderung auch im künstlerischen Bereich verantwortlich zeigt. Die Wettbewerbe sind dabei geeignete Instrumente, die von der BKJ durch Öffentlichkeitsarbeit, fachpolitischen Diskurs und Mitwirkung in den Kuratorien und Auswahlgremien unterstützt werden. Die Jeunesses Musicales Deutschland als Träger von „Schülerinnen und Schüler komponieren“ und das Bundesweite Schülerfilm- und Videozentrum als Träger von „up-and-coming“ sind Mitgliedsverbände der BKJ.

Für junge Studierende, die sich bereits für eine künstlerische Ausbildung entschieden haben, gibt

es ebenfalls Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten. Das BMBF ist für zwei Wettbewerbe verantwortlich, deren Aufgabe es auch ist, den Studierenden den Übergang vom Studium in die berufliche Praxis zu ebnen.

Der **Bundeswettbewerb zur Förderung des Schauspielernachwuchses** mit dem Theatertreffen deutschsprachiger Schauspielstudenten will hervorragende Ensemble- und Einzelleistungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Darüber hinaus dient das alljährliche Treffen dem praktischen Erfahrungsaustausch in Seminaren und Workshops der Schauspielstudierenden und HochschullehrerInnen untereinander sowie mit SchauspielernInnen, RegisseurenInnen, AutorInnen, DramaturgenInnen.

Das Deutsche Studentenwerk organisiert seit 1984 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung den **Bundeswettbewerb „Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus“**, der alle zwei Jahre ausgelobt wird. Ziel des Wettbewerbs ist es, junge Künstlerinnen und Künstler zu fördern und sie mit dem professionellen Ausstellungsbetrieb bekannt zu machen. Die Kunststudierenden sammeln wichtige, berufsrelevante Erfahrungen im Ausstellungsbetrieb und können Kontakte knüpfen zu Galerien, Kunstvereinen, Sammlern, Kuratoren. Der Öffentlichkeit ermöglicht „Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus“, sich mit den Positionen der jüngsten Künstlergeneration auseinander zu setzen. Es ist das einzige Forum, in dem sich Studierende aller Kunsthochschulen der Bundesrepublik gemeinsam präsentieren – ein einzigartiger Überblick über Qualität und Vielfalt der künstlerischen Ausbildung in Deutschland.

Alle sieben Wettbewerbe richten sich dezidiert an den künstlerischen Nachwuchs, haben das Ziel, erkennbare Talente und Begabungen zu fördern, Mut zu machen, Anerkennung zu vermitteln. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden hier mit ihrem künstlerischen Ausdruck ernst genommen, als Autor, Musiker, Schauspieler, Komponist, Filmemacher und bildender Künstler.

Allen Wettbewerben gemein ist, sich nicht mit einem einfachen Ausscheidungsverfahren zu begnügen, sondern mit den anschließenden Treffen den Austausch untereinander und mit der professionellen Szene zu organisieren, Öffentlichkeit für die NachwuchskünstlerInnen herzustellen und vor allem in Workshops, Austauschforen und Seminaren zur Qualitätsverbesserung beizutragen. Und der Erfolg gibt dem Konzept recht. Nicht wenige Film- und Bundesfilmpreisträger und sogar Oscar-Gewinner haben erste Erfolge bei „up-and-coming“ gefeiert, ehemalige Preisträger beim Wettbewerb „Schülerinnen

und Schüler komponieren“ sind heute Komponisten oder Musiker mit internationalem Renommee.

Aber auch im Hinblick auf die vielen anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer kann der Wert der Bundeswettbewerbe gar nicht hoch genug geschätzt werden. Der ehemals im Bundesbildungsministerium verantwortliche Ministerialrat Dr. Wilfried Matanovic hat dies in seinem Grußwort zum Treffen junge Musikszene 2005 wie folgt auf den Punkt gebracht: „Wer sich kontinuierlich mit den künstlerischen Versuchen von Kindern und Jugendlichen vertraut macht, wird erfahren, dass es sich hier um eigenständige künstlerische Ausdrucksformen und Anliegen handelt, die sich auf der Weltsicht und den ästhetischen Erfahrungen der jeweils jüngeren Generation gründen und ihren Eigenwert haben. Sie sind Teil der Gegenwartskunst und des gegenwärtigen Kulturlebens und nicht etwa eine Vorstufe zu etwas Künftigem.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

DIE VERFASSERIN IST BILDUNGSREFERENTIN BEI DER BUNDESVEREINIGUNG KULTURELLE JUGENDBILDUNG ■

Impressum

kultur · kompetenz · bildung

kultur · kompetenz · bildung erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung politik & kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de,
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion

Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Verlag

ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:

ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für
Bildung und Forschung